



MARX IS MUSS 10.5.–13.5.

Inhalt:

1. Woher kommt Rassismus?
2. Wandlung des Rassismus
3. Was ist Faschismus?
4. Wie schlagen wir den Faschismus

Medienpartner:

BEI FOLGERUNG
junge Welt

*taz.die tageszeitung

neues deutschland
VERBUNDEN MIT DER MEDIENWIRTSCHAFT

Einleitung:

Wer für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, hat einen mächtigen Feind. Die kapitalistische Klasse stützt ihre Herrschaft nicht nur auf ihre wirtschaftliche Macht und die Waffen des Staates. Sie dominiert auch die Weise, wie wir die Welt verstehen. „Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden“, sagte Marx. Ihr wichtigstes Argument ist die Machtlosigkeit des Einzelnen. Uns wird gesagt: „Egal, wie schlecht der Kapitalismus funktioniert, er ist immer noch die beste aller möglichen Welten. Eine wirkliche freie, sozialistische Gesellschaft ohne Klassenherrschaft ist nur ein Traum, der nicht verwirklicht werden kann.“

Das ist nicht wahr. Das ist nur das, was wir denken sollen. Das Netzwerk Marx21 hat sich zur Aufgabe gemacht, einen revolutionären Pol in der Gesellschaft aufzubauen, der die Herrschenden mitsamt ihren Ideen bekämpft. Um Menschen dafür zu gewinnen ist es notwendig, dass jeder Einzelne von uns am Arbeitsplatz, in der Schule, der Universität oder im Gespräch mit Freunden in der Lage ist, den herrschenden Argumenten etwas entgegenzusetzen. Eine revolutionäre Praxis erfordert eine revolutionäre Theorie. Diese Theorie nennen wir Marxismus.

Dieser Reader ist Teil einer Reihe von Schulungstexten, die helfen sollen, eine neue Generation von Sozialistinnen und Sozialisten in die Grundlagen des Marxismus einzuführen. Sie dient auf dem jährlich stattfindenden Kongress „Marx is Muss“ als Basis für eine gemeinsame Diskussion in den Seminaren. Darüber hinaus bieten sie in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit, sich einen umfassenden Überblick in den Themenbereichen Ökonomie, Philosophie, Klassenkampf, Staat, Frauenunterdrückung, Rassismus und Parteitheorie zu verschaffen. Weil es keine Sphäre gibt, in die die Ideenproduzenten der herrschenden Klasse nicht vordringen würden, müssen auch wir fähig sein, auf allen diesen Themenbereichen Antworten auf die Fragen und Widersprüche des Alltags zu liefern.

Zu dieser Broschüre

Rassismus müssen wir bekämpfen. Darüber herrscht in der Linken Einigkeit. Doch wie? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir klären, was Rassismus eigentlich ist. Ist es nur die „Angst vor dem Anderen“? Oder steckt mehr dahinter? Und was hat der Kapitalismus damit zu tun?

Dazu finden sich in diesem Reader zwei Texte, die dem Ursprung des Rassismus und seinen aktuellen Entwicklungen in Deutschland nachgehen. Alex Callinicos' kurzer Artikel setzt sich mit den Schriften von Marx auseinander, in denen er sich mit dem Rassismus der englischen Arbeiterklasse gegenüber irischen Arbeitern Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt. In einem Brief an Meyer und Vogt argumentiert Marx, dass es im Kapitalismus eine materielle Grundlage für rassistische Denkmuster gibt: Das Konkurrenzverhältnis zwischen den Arbeitern. Auf der anderen Seite werde der Rassismus auch aktiv von der herrschenden Klasse geschürt, um die Arbeiterklasse zu spalten.

Im zweiten Text von Volkhard Mosler wird deutlich, dass Rassismus keine starre Ideologie ist, sondern sich ständig verändert. Seit den Terroranschlägen 2001 auf das World Trade Center konnten wir einen weltweiten Anstieg des antimuslimischen Rassismus beobachten, der aktiv geschürt wurde, um die Kriege in Afghanistan und im Irak zu legitimieren. Heute verbindet sich der Hass auf den Islam mit der Kampagne gegen Flüchtlinge.

Im zweiten Teil des Seminars soll, angesichts des rechten Aufschwungs, über den Faschismusbegriff diskutiert werden. Was ist das Spezifische an einer faschistischen Bewegung? Der aktuelle Aufstieg der AfD als neue rechte Kraft macht die Frage besonders brisant. Der erste Text von Volkhard Mosler und Werner Halbauer skizziert die Grundlagen einer Faschismustheorie. Der Text wurde Anfang der 90er Jahre und damit in einer Zeit geschrieben, die ähnlich wie heute von einer Angstkampagne gegen Immigranten geprägt war. Der zweite Text von Matrin Haller und Klaus Weiherer widmet sich dem Charakter der „Alternative für Deutschland“: Handelt es sich bei der AfD um eine faschistische Partei, vergleichbar mit der NPD oder „nur“ um eine „normale“ Partei mit rassistischer

Ausrichtung?

Weiterlesen:

Rassismus:

- theorie21, Ausgabe Nr. 2: Schwerpunkt *Rassismus*

Antimuslimischer Rassismus:

- Werner Ruf - Der Islam - Schrecken des Abendlands: Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert
- Chris Harman - Politischer Islam - eine marxistische Analyse
- marx21 - Islam, Rassismus und DIE LINKE

Faschismus und Antifaschismus:

- Bois/Kuferath - Stoppt die Nazis! Argumente gegen Rassismus und Faschismus
- marx21 - Hitlers aufhaltsamer Aufstieg zur Macht. Texte über den Faschismus
- Sebastian Friedrich - Der Aufstieg der AfD
- Leo Trotzki: Portrait des Nationalsozialismus (1933)

Teil 1: Woher kommt Rassismus?

Aus: „Rassismus: Eine marxistische Analyse“ Alex Callinicos (1999)

Karl Marx über die Ursachen des Rassismus

Marx und Engels setzten sich früh mit dem Phänomen des modernen Rassismus auseinander, mit dem sie beispielsweise in Gestalt der Spaltung zwischen englischen Arbeitern und irischen Einwanderern konfrontiert waren. Alex Callinicos diskutiert im Folgenden eine besonders aussagekräftige Stelle aus Marx' Werk.¹

In einem berühmten Brief vom 9. April 1870 an Meyer und Vogt erläuterte Marx, wie rassistische Spaltungen zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitskräften die Arbeiterklasse schwächen können. Marx argumentiert, dass der irische Befreiungskampf für nationale Selbstbestimmung für die britische Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung war:

Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei *feindliche* Lager *gespalten* ist, englische *proletarians* und irische *proletarians*. Der gewöhnliche englische Arbeiter hasst den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den *standard of life* [Lebensstandard] herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der *herrschenden Nation* und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten *gegen Irland*, befestigt damit deren Herrschaft *über sich selbst*. Er hat religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr zu ihm wie die *poor whites* [armen Weißen] zu den *niggers* in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union. Der Irländer *pays him back with interest in his own money* [zahlt ihm mit gleicher Münze zurück]. Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das *stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland*.

Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. Dieser *Antagonismus* ist das *Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse*, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewusst.

In dieser bemerkenswerten Passage entwirft Marx die Umriss einer materialistischen Erklärung des Rassismus im modernen Kapitalismus. Wir können sie dahingehend verstehen, dass er drei Hauptbedingungen für die Existenz des Rassismus aufzeigt.

¹ Dieser Text ist ein Auszug aus der Broschüre »Race and Class«, 1993, London: Bookmarks. Sie ist 1999 in leicht veränderter Fassung unter dem Titel »Rassismus: Eine marxistische Analyse« auf Deutsch erschienen. Sie kann unter www.edition-aurora.de bestellt werden.
Rassismus und Faschismus 4

I. Wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Arbeitern

„Der gewöhnliche englische Arbeiter hasst den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher seinen standard of life herabdrückt.“ (Marx)

Ein bestimmtes Muster der Kapitalakkumulation erfordert eine entsprechende Verteilung der Arbeit, die sich auf dem Arbeitsmarkt in den Lohnunterschieden widerspiegelt. Speziell in Perioden, in denen sich das Kapital neu strukturiert und infolgedessen die Arbeit entqualifiziert wird, tendieren Kapitalisten (wie sie nun einmal sind) dazu, gelernte durch ungelerntere und billigere Arbeiter zu ersetzen. Wenn diese zwei Arbeitergruppen von unterschiedlicher Nationalität sind und deshalb wahrscheinlich auch verschiedene Sprachen sprechen und andere Traditionen haben, existiert das Potenzial für die Entwicklung rassistischer Antagonismen zwischen den beiden Gruppen.

Dieses Muster hat sich in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterklasse oft genug wiederholt. Einen solchen Prozess der Umstrukturierung mit Entqualifizierungstendenzen als Folge hat es in den Jahren 1960–73 in der westdeutschen Industrie gegeben. Die Zahl ausländischer Arbeiter wuchs von 100.000 auf 2,5 Millionen. Parallel dazu nahm der (deutsche) Facharbeiteranteil ab. So ging zwischen 1966 und 1971 der Anteil männlicher Facharbeiter in Industrie und Handel um 5 Prozent zurück, der Anteil der un- und angelernten Arbeiter stieg um 2 bis 3 Prozent. Die neuen Angelernten bestanden fast ausschließlich aus industrieungewohnten Menschen aus ländlichen Gegenden Anatoliens, Siziliens und Südspaniens.

Im Jahr 1973 kam es zu einem »Aufstand der neuen Angelernten«, das heißt zu einer Welle von sehr kämpferischen, spontanen Streiks gegen unmenschliches Arbeitstempo und Niedriglöhne. Die Tatsache, dass das Gros der Streikenden aus Immigranten bestand, erlaubte es jedoch den Bossen und Medien von »Türkenstreiks« (*Bild-Zeitung*) zu sprechen und (deutsche) Facharbeiter teilweise gegen die Streikenden aufzuhetzen.

Die rassistischen Spaltungen brauchen jedoch nicht immer von den gelernten Arbeitern, die ihre Position verteidigen, auszugehen. Verschiedentlich wurden im 19. und 20. Jahrhundert amerikanische Schwarze von weißen Arbeitern aus ihren Facharbeiternischen heraus gedrängt, in denen es ihnen gelungen war, sich zu etablieren, so zum Beispiel von ungelernten irischen Arbeitern in der Zeit vor dem Bürgerkrieg.

II. Warum findet die rassistische Ideologie Anklang bei weißen Arbeitern?

„Der gewöhnliche englische Arbeiter [...] fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation.“

Der bloße Tatbestand der ökonomischen Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Arbeitern reicht alleine nicht aus, um die Entwicklung rassistischer Gegensätze zu erklären. Warum finden rassistische Ideen Anklang bei weißen Arbeitern? Eine Antwort lautet, weil dies in den wirtschaftlichen Interessen der weißen Arbeiter eine Grundlage hat: Weiße Arbeiter profitieren mit anderen Worten materiell von rassistischer Unterdrückung. Diese Erklärung ist, wie ich noch aufzeigen werde, falsch.

Die Basis für eine bessere Erklärung ist von W. E. B. Du Bois in seinem großen Werk »Black Reconstruction in America« (1935) umrissen worden. Du Bois hat versucht, die Spaltung der schwarzen und weißen Arbeiter nach dem Scheitern der »Radical Reconstruction«, also der Bemühungen, ein Bündnis von ehemaligen Sklaven und weißen Radikalen aufzubauen, um den Rassismus im amerikanischen Süden nach dem Bürgerkrieg auszumerzen, zu erklären. Er schreibt:

Die [marxistische] Theorie der Einheit der Arbeiterklasse [...] hat im Süden versagt [...], weil die Theorie der Rasse mit einer sorgfältig geplanten und langsam entwickelten Methode [...] einen so tiefen Keil zwischen weiße und schwarze Arbeiter trieb, dass heutzutage wahrscheinlich nirgendwo auf der Welt zwei Arbeitergruppen existieren, die einerseits tatsächlich praktisch gleiche Interessen haben und andererseits so einander hassen und fürchten und so weitgehend voneinander getrennt sind, dass keine von beiden irgendein gemeinsames Interesse sehen kann.

Es muss daran erinnert werden, dass die weiße Gruppe von Arbeitern, wenngleich sie auch niedrige Löhne bezog, einen Ausgleich in der Form eines politischen und psychologischen Lohns erhielt. Weil sie weiß waren, wurden sie in der Regel besser behandelt und geachtet. Sie konnten wie alle Weißen unabhängig von ihrer Klassenposition öffentliche Veranstaltungen, Parks oder Schulen nutzen. Die Polizei rekrutierte sich auch aus ihren Reihen und die Gerichte, die bei der Wahl von Richtern und von Geschworenen von ihren Stimmen abhängig waren, behandelten sie mit Nachsicht und ermutigten sie dadurch sogar zu Gesetzeswidrigkeiten. Mit ihren Stimmen wurden hohe Beamte gewählt, und während dies nur geringfügige Auswirkung auf ihre wirtschaftliche Lage besaß, hatte es eine große Wirkung auf die persönliche Behandlung und die Achtung, die ihnen entgegengebracht wurde. Die weißen Schulen waren die besten in der Gemeinde, lagen in den besten Wohngebieten und die Kosten pro Schüler reichten vom Zwei- bis Zehnfachen der farbigen Schulen. Die Zeitungen waren auf Meldungen spezialisiert, die den armen Weißen schmeichelten und die Schwarzen fast völlig ignorierten, außer wenn es um Kriminalität und Sport ging.

Auf der anderen Seite wurde der Schwarze öffentlich beleidigt. Er fürchtete den Mob, wurde von Kindern verspottet, war den unberechtigten Ängsten weißer Frauen ausgesetzt und musste sich fast ununterbrochen verschiedenen Formen der Diskriminierung unterwerfen. Das Resultat war, dass die Löhne beider Klassen niedrig gehalten werden konnten. Die Weißen fürchteten, durch schwarze Arbeitskräfte ersetzt zu werden, und die Schwarzen waren andauernd durch die Verdrängung durch weiße Arbeiter bedroht.

Du Bois stellt einen besonderen Extremfall von Rassismus dar, den des amerikanischen Südens in der »Jim Crow« Ära (der Zeit der formalen Rassendiskriminierung nach Aufhebung der Sklaverei), die eindrucksvoll von Richard Wright in Büchern wie »Onkel Toms Kinder« beschrieben wurde. Aber seine Ausführung erlaubt eine Verallgemeinerung. Sie besteht aus zwei Elementen: Erstens bedeutete Rassismus, dass »zwei Arbeitergruppen mit praktisch gleichen Interessen« gespalten wurden, sodass »die Löhne beider Klassen niedrig gehalten werden konnten«. Du Bois weist nach, dass weiße Arbeiter kein Interesse an der Unterdrückung von Schwarzen haben. Zweitens erhielten weiße Arbeiter als Kompensation für ihre niedrigen Löhne eine Art »politischen und psychologischen Lohn«, insofern sie, wie Marx es ausgedrückt hatte, Mitglieder der »herrschenden Nation« waren. Marx ermöglicht es uns in der Tat mit einer berühmten Passage aus der Einleitung zu seinem Beitrag »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« von 1843, den Mechanismus zu verstehen, der in dem Prozess der Kompensation enthalten ist:

Das *religiöse* Elend ist in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks.

Religiöser Glaube ist somit nicht nur eine Erfindung, die den Massen durch eine klerikale Verschwörung aufgedrängt wurde, wie die Philosophen der Aufklärung argumentierten; er wird angenommen, weil er eine imaginäre Lösung für reale Widersprüche anbietet. Religion gewährt Trost für die Übel dieser Welt in einer himmlischen Welt jenseits des Todes. Ihre Macht liegt in der Anerkennung der Existenz von Leid und Unterdrückung, auch wenn ihre Lösung eine falsche ist.

Marx deckt hier einen der Mechanismen auf, die Ideologien im Allgemeinen anhaften, einschließlich der rassistischen Ideologie. Rassismus bietet den weißen Arbeitern den Trost an, zu glauben, selbst Teil der herrschenden Gruppe zu sein.

Zusätzlich bietet er in Zeiten der Krise einen Sündenbock in Gestalt der unterdrückten Gruppe an. Rassismus als solcher gibt den weißen Arbeitern eine Identität, die sie darüber hinaus mit den weißen Kapitalisten vereinigt. Wir haben hier also eine Art von »eingebildeter Gemeinschaft«, wie sie Benedict Anderson in seiner einflussreichen Analyse des Nationalismus darstellt. Die Nation, schreibt er, ist »eine imaginäre politische Gemeinschaft«. Insbesondere »wird die Nation ungeachtet der aktuellen Ungleichheit und Ausbeutung, von der jeder betroffen sein mag, immer verstanden als eine tiefe, horizontale Kameradschaft«.

Die ausschlaggebende Phase in der Entwicklung von populärem Nationalismus setzte in den entwickelten Rassismus und Faschismus 6

kapitalistischen Ländern im späten 19. Jahrhundert als Teil eines Prozesses ein, in dem die europäischen herrschenden Klassen versuchten, eben als Vollbürger anerkannte und zunehmend organisierte Arbeiter in dieselbe Gemeinschaft zu integrieren.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten wurden die Arbeiter angehalten, ihre Interessen in diesen Rivalitäten mit denen »ihrer« herrschenden Klasse gleichzusetzen. Es war in derselben Periode, in der die pseudowissenschaftliche Rassenbiologie ihre entwickelteste Ausformulierung fand: Sie diente nicht nur dazu, die Rechtfertigung für die westliche imperialistische Beherrschung der Welt zu liefern, sondern auch dazu, die Konflikte zwischen den großen Mächten als einen Aspekt des Überlebenskampfes der Rassen zu rechtfertigen. Rassismus stützte den Nationalismus und brachte Arbeiter dazu, sich selbst wie ihre Ausbeuter als Mitglieder höherer Rassen zu sehen, die gegeneinander um die Vormacht in der Welt kämpfen. Anderson hat Recht, wenn er darauf besteht, dass Nationalismus im Allgemeinen nicht dasselbe ist wie Rassismus, denn viele Nationalisten, speziell solche, die sich an antikolonialen Befreiungsbewegungen beteiligen, haben eine Identifizierung mit ihrer eigenen Nation mit einem ernsthaften Glauben an die Gleichheit der Völker kombiniert. Imperialistischer Nationalismus aber bereitet den Boden, auf dem Rassismus unter bestimmten Umständen gedeihen kann.

III. Die Bemühungen der kapitalistischen Klasse die Spaltung zwischen den Arbeitern zu etablieren und zu bewahren

„Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel.“

Marx macht klar, dass der Rassismus im Interesse des Kapitals ist, bezeichnet es als »das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse« und betont, dass diese Klasse »sich dessen völlig bewusst« ist. Das klingt ein bisschen so, als ob Marx sagte, Rassismus sei nur das Resultat einer kapitalistischen Verschwörung. Dem ist nicht so. Wie wir gesehen haben, gibt es einen objektiven ökonomischen Zusammenhang, in dem rassistisch begründete Spaltungen auftreten, namentlich die permanent wechselnde Nachfrage des Kapitals nach verschiedenen Arten von Arbeit, die oft nur durch Einwanderung befriedigt werden kann. Wir haben auch gesehen, dass der Rassismus den Arbeitern der unterdrückenden »Rasse« als eingebilte Entschädigung für die Ausbeutung, die sie erleiden, die Zugehörigkeit zur »herrschenden Nation« bietet. Es ist darüber hinaus eine objektive Tatsache des Kapitalismus, dass Rassismus dem Kapitalismus hilft, weiterzuleben, indem er die Arbeiterklasse spaltet und damit schwächt. Der Spruch »Teile und herrsche«, den der römische Kaiser Tiberius im 1. Jahrhundert u. Z. prägte, ist eine alte Weisheit herrschender Klassen.

Kapitalistische Herrschaft stellt sich nicht von alleine her — sie muss aktiv organisiert werden. Ein Weg, das zu bewerkstelligen, ist die Förderung des Rassismus. Man braucht nur an die »Das Boot ist voll«-Kampagne der CDU/FDP-Regierung ab 1991 zu denken, die keinem anderen Zweck diente, als aus dem politischen Tief herauszukommen, in das sie zwei Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands geraten war. Damals erschütterte eine Streik- und Demonstrationswelle Ost- und Westdeutschland und die CDU verlor eine Landtagswahl nach der anderen. Das Unternehmermagazin „Wirtschaftswoche“ schrieb dazu im August 1991:

So konnte es wirklich nicht mehr weitergehen: Alle Welt redete nur noch von Inflation und Rezession, höheren Steuern. [...] Die Wähler wandten sich in Scharen der Opposition zu. Es musste etwas geschehen. Und es geschah. Bundesinnenminister Schäuble schob ein neues Thema ins Rampenlicht der Öffentlichkeit: Die Asylantenfrage.

Kapitalismus ist nicht einfach eine Verschwörung der Unternehmer, aber Kapitalisten benutzen den Rassismus ziemlich oft, um die Arbeiterklasse zu spalten.

Teil 2: Rassismus im Wandel, von Volkhard Mosler

Aus: theorie 21, Ausgabe 2 (2012)

Vom Sozialdarwinismus zum Kampf der Kulturen:

Historische Anpassungsfähigkeit des Rassismus

Unsere Charakterisierung des Rassismus als Herrschaftsideologie bedeutet nicht, dass diese von der bürgerlich-kapitalistischen Klasse oder besser deren Thinktanks, Medien und Politikern sozusagen auf Anfrage produziert wurde. Die Geschichte seit der Entstehung des Rassismus im 17./18. Jahrhundert zeigt, dass er vielfältige Metamorphosen durchlaufen hat und dass er keineswegs nur im Auftrag der ökonomisch herrschenden Klassen propagiert und praktiziert wurde. Eine solche einseitige, intentionalistische Interpretation würde zu Recht unter der Rubrik »Verschwörungstheorien« verbucht. Neben einem feudalen und einem großbürgerlichen Rassismus hat es vor allem in Gestalt des Antisemitismus auch einen antikapitalistisch auftretenden oder kleinbürgerlichen Rassismus gegeben, der im exterminatorischen Antisemitismus des Nationalsozialismus seine Fortsetzung und Radikalisierung erfuhr.

Ob rassistische Ideologien sich als Werkzeuge der Herrschaftssicherung bewähren oder nicht, hängt auch nicht allein vom Willen ihrer Produzenten ab. In den 1880er Jahren breitete sich in Wien ein kleinbürgerlicher Antisemitismus aus, dessen Träger die Wiener Handwerksverbände waren. Die antisemitische Bewegung traf jedoch auf den Widerstand des Großbürgertums und des Kaisers, die im Judentum einen politisch stabilisierenden Faktor des Habsburger Reiches gegen die wachsende Sprengkraft nationaler Unabhängigkeitsbewegungen sahen. Mit dem Sieg des Antisemiten Karl Luegers bei der Wiener Oberbürgermeisterwahl 1895 hatten die Antisemiten diesen Kampf gewinnen können. Im selben Zeitraum scheiterte hingegen in Berlin der Versuch der Gründung einer antisemitischen Partei trotz wohlwollender Begleitung durch den Kaiser und Teile der Industrieverbände kläglich. Auch der exterminatorische Rassismus der Nazis kann nicht alleine aus den Interessen der Herrschenden, in diesem Fall den ökonomischen Interessen des Besitzbürgertums, abgeleitet werden.

Die Spannbreite rassistischer Ideologien und ihre jeweilige Funktion ist ein Hinweis darauf, dass die ökonomisch und politisch herrschende Klasse der Bourgeoisie alles bekämpft, was die Harmonie der herrschenden Ordnung stört. Aus ihrer Sicht wird diese Harmonie nicht gestört, wenn ein rassistischer Mob Migrantenwohnheime und Wohnungen (1992–1994) angreift und anzündet oder wenn Menschen türkischer Herkunft ermordet werden (Morde des »National-sozialistischen Untergrunds« in den Jahren 2000–2006).

Die Harmonie wird jedoch beispielsweise dann gestört, wenn Protestbewegungen wie Blockupy in Frankfurt zu gewaltfreien Belagerungen des Bankenviertels aufrufen.

Rassistische Bewegungen sind nicht frei erfindbar, sie sind wie jede Ideologie in ihrer Verbreitung und Akzeptanz auf einen Ansatzpunkt in der realen Welt angewiesen. Und sei es nur — wie beim Antisemitismus heute — auf einen historischen: dass im Mittelalter Handel und Finanzen in Europa weitgehend von Juden betrieben wurden. Die längst untergegangene wirtschaftliche Sonderstellung der Juden in den feudalen Gesellschaften des Mittelalters wirkt als Gerücht fort wie ein Phantomschmerz, als tradierte Einbildung.

Bei der Asylflutkampagne der Konservativen in den 1990er Jahren konnten sich die Produzenten der sorgsam inszenierten »Das Boot ist voll«-Vorstellung darauf berufen, dass die Zahl der Arbeitslosen Anfang der 1990er Jahre auf vier Millionen angestiegen war und dass in Ostdeutschland 80 Prozent der gesamten industriellen Arbeitsplätze innerhalb von vier Jahren abgewickelt worden waren. Sarrazins Warnung vor dem Untergang Deutschlands bei anhaltender Zuwanderung von Muslimen zieht ihre »Glaubwürdigkeit« aus einer beabsichtigten Verwechslung von Bildung und Intelligenz. Ein Mythos wird aber nicht dadurch zur Realität, dass ihre Erdichter sich auch Elemente von Wahrheit bedienen, um ihre Mythen glaubhaft erscheinen zu lassen.

Der Formwechsel, den der Rassismus im Laufe der 300 Jahre seit seiner Geburt im frühen Kapitalismus durchlaufen hat, sollte uns nicht dazu verleiten, im Besonderen nicht das Allgemeine, sein Wesen zu erkennen: die Diskriminierung und Unterdrückung bis hin zur Vertreibung oder Vernichtung von Menschen anderer Herkunft oder Kulturen als minderwertige oder bössartige gegenüber anderen, überlegenen oder höherwertigen. Rassismus ist ein Angriff auf die Gleichwertigkeit und Einheit der Menschheit unabhängig von ihrer Hautfarbe oder kulturell-religiösen Besonderheit. Rassismus kann sich gegen Menschen anderer Hautfarbe, Menschen fremder Herkunft (zum Beispiel »Asylanten«) oder Menschen aus anderen Kulturen richten. Er kann sich gegen ethnische Minderheiten im eigenen Land oder auch allgemein gegen die Mehrheit der Menschheit in fremden Ländern (Kolonien) richten, er kann sich, wie im Apartheidsregime Südafrikas von einer herrschenden Minderheit gegen die große Mehrheit im eigenen Land richten: Immer bleibt er eine Herrschaftsideologie, die letztlich dazu dient, Klasseninteressen der Herrschenden zu legitimieren und vor Kritik zu schützen sowie die große Mehrheit der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen zu spalten. Niemand hat dies prägnanter ausgedrückt als Adolf Hitler mit der Parole »Rassenkampf statt Klassenkampf«.

Feindbild Islam

Im Jahr 1988 verabschiedete sich der damalige Nato-Oberbefehlshaber John Galvin mit dem Satz: »Den Kalten Krieg haben wir gewonnen. Nach einer siebzigjährigen Verirrung kommen wir nun zur eigentlichen Konfliktsache der letzte 1300 Jahre zurück: Das ist die große Auseinandersetzung mit dem Islam.« Hier sprach der General, der besorgt war, dass dem Militär demnächst ein Feind fehlen könnte, dem er seine Daseinsberechtigung verdankt. Ein paar Jahre später, im Jahr 1993, veröffentlichte Samuel Huntington, früherer Berater im US-Außenministerium, einen Aufsatz mit dem Titel »Kampf der Kulturen?«. Darin sagte er voraus, dass die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges vor einer neuen Qualität von Konflikten stehe, nämlich Konflikten zwischen Kulturen, nicht zwischen Staaten.

Ein Jahr zuvor hatten die USA unter George Bush Senior den ersten Irakkrieg geführt. Hintergrund war der seit langem schwelende Konflikt um die Vorherrschaft im arabischen Raum und um die Kontrolle der reichsten Ölfelder der Welt. Der Kampf ums Öl war offen ausgebrochen und er hält bis heute an. Huntingtons Buch wurde zur politischen Erkennungsmelodie einer Epoche. Die USA und mit ihr das Nato-Bündnis nutzten die Niederlage und Schwächung des alten Rivalen Russland, um die Dominanz über die Region des »Schwarzen Goldes« zu gewinnen. Das Feindbild Islam war sehr hilfreich, um der militärisch-strategischen Offensive die höheren Weihen eines Kampfes für Demokratie und Menschen-rechte zu geben. Diese Funktion haben der »Kampf der Kulturen« und das Feindbild Islam bis heute behalten.

Die Legitimation imperialer Raubzüge ist aber nur die eine Seite. Der permanente Kriegszustand zwischen westlichen Ländern und islamischen Ländern (Irak, Somalia, Afghanistan, Pakistan, Libyen und möglicherweise Iran und Syrien) bildet zugleich den Hintergrund für die Innenwendung dieses Konflikts, zur Bekämpfung »islamistischer Terroristen« und zunehmend auch zur religiös-kulturellen Unterdrückung der islamischen Minderheiten in Europa, den USA und anderen westlichen Staaten. Dabei können die Produzenten des neuen kulturalistischen Rassismus in Gestalt der Islamfeindlichkeit alte religiöse Feindbilder aus der Zeit der Kreuzzüge und der nachfolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen der beiden Regionen (bis ins späte 17. Jahrhundert) reaktivieren.

Gegen keine andere Religion der Welt haben sich im christlichen Europa so viele hartnäckige Vorurteile und Fehleinschätzungen ausgebildet wie gegenüber dem Islam. Mohammed gilt als Lügner, der seine falsche Lehre fanatisch mit Feuer und Schwert verbreitet habe; Allah als ein unbarmherziger tyrannischer Gott der Rache und Vergeltung, der von seinen Gläubigen Unterwerfung verlangt und Gewalt gegen Ungläubige fordert und belohnt. Dieser Bilder bedient sich ein Großteil der Medien. **Alte Ängste vor einer Eroberung Europas durch den Islam** werden wiederbelebt und geschürt, gespickt mit aus dem Zusammenhang gerissenen Koranzitaten, welche die religiöse Intoleranz und Aggressivität des Islams belegen sollen.

Die Entstehung der Islamfeindlichkeit als neuer Spielart des Rassismus erfolgte in Deutschland in zwei Etappen: Die erste Etappe, nennen wir sie die außenpolitische, begann nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf die Twin-Towers von New York und dem sich daran anschließenden Eintritt Deutschlands in den Afghanistankrieg gegen die

Taliban. Sie dient der Legitimation eines imperialistischen Krieges mit deutscher Beteiligung. Der Krieg wird als Befreiungskrieg gegen ein islamisch-fundamentalistisches Regime dargestellt.

Die zweite Etappe fällt mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 und den daraus entstehenden sozialen Konflikten in Europa zusammen. Nennen wir sie die innenpolitische, denn sie dient in erster Linie dem Zweck, die in Europa und Deutschland lebende islamische Minderheit zu diskriminieren und als Sündenbock für einen vermeintlich drohenden Niedergang Deutschlands zu stigmatisieren. Hierzu gehören die Kampagnen gegen das Kopftuchtragen, gegen den Bau von Moscheen und gegen das Recht auf Beschneidung, rituelle Terrorwarnungen des Innenministers und inszenierte Razzien gegen Moscheen durch Polizei und Innenministerium, die Integrationsdebatte um das Sarrazin-Buch, und nicht zuletzt die von der BILD-Zeitung initiierte und angeführte Kampagne zur Absetzung des Bundespräsidenten Christian Wulff. [...]

Rassismus bekämpfen

Marx und Engels beschlossen das von ihnen verfasste Kommunistische Manifest nicht mit dem Ruf »Unterdrückte aller Länder vereinigt euch!«, sondern mit dem Appell »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« Unterdrückte Menschengruppen wie Schwule und Lesben, Muslime oder auch Frauen gehören verschiedenen Klassen an, es gibt reiche und arme Muslime, schwule Arbeiter und schwule Kapitalisten. Die Einheit unterdrückter Gruppen ist daher immer auch eine Einheit zwischen Menschen verschiedener Klassen. Diese Einheit ist brüchig und illusionär: Reiche Unterdrückte leiden in der Regel weniger unter der Unterdrückung »ihrer« Minderheit. Wenn die bürgerlichen Vertreter dieser Minderheiten eine führende Rolle im Kampf gegen die Unterdrückung übernehmen, wird dies zum Hindernis und zur politischen Schranke für einen erfolgreichen Kampf. Damit ist nicht gemeint, dass der Kampf gegen Rassismus zurückgestellt werden soll und stattdessen der »reine Klassenkampf« zu führen sei. Im Gegenteil: Sozialisten müssen alle Kämpfe unterdrückter Minderheiten unterstützen. Der Kampf gegen Rassismus kann so zu einer wichtigen Quelle des Klassenkampfes zur Überwindung des Kapitalismus werden.

Das setzt aber voraus, dass es politische Kräfte, organisierte Sozialisten, gibt, die es verstehen, Kämpfe gegen Unterdrückung mit dem Kampf gegen Ausbeutung und gegen den Kapitalismus zu verbinden. Dazu werden Sozialisten nur dann in der Lage sein, wenn sie aktiv und führend an antirassistischen Protesten, Demonstrationen und Kämpfen von Beginn an beteiligt sind. Wir haben starke Argumente: Die unterdrückte Minderheit der Migranten, Muslime oder Flüchtlinge wird allein zu schwach sein zu siegen; nur gemeinsam mit anderen unterdrückten Schichten und vor allem gemeinsam mit allen ausgebeuteten Menschen haben sie eine Chance. In Deutschland gab es 1973 in einem großen Autozulieferbetrieb in Pierburg bei Neuss einen erfolgreichen Streik von Bandarbeiterinnen, die in ihrer großen Mehrheit Migrantinnen waren. Im Laufe des Streiks gelang es ihnen, die deutschen Facharbeiter auf ihre Seite zu ziehen, und diese Einheit war der Schlüssel zu ihrem Sieg.

Unter Sozialisten, auch in der Partei Die Linke, gibt es heute aber zwei politische Hindernisse, die einer solchen Klassenperspektive des Antirassismus im Wege stehen. Es gibt einerseits das Argument, dass wir Muslime mit reaktionären religiösen Ideen nicht unterstützen können und dürfen, und es gibt andererseits die Vorstellung, dass wir darum kämpfen sollten, die Lebensverhältnisse zu ändern, »die solche [ausgrenzenden; d. Verf.] Einstellungen erst entstehen lassen«, statt Menschen mit fremdenfeindlichen Einstellungen als Rassisten zu etikettieren und zu bekämpfen. Beide Argumente sind falsch.

Zum ersten Argument: Wenn wir zusammen mit jungen Muslimen, die ihre Moscheen vor Rassisten schützen wollen, gemeinsam kämpfen, dann sind in diesem Augenblick ihre religiösen Ideen völlig unwichtig, wir sind ohne jede Vorbedingung an ihrer Seite.

Beginnen wir jedoch damit, Bedingungen zu stellen, dass die Muslime dieses oder jenes nicht glauben oder verkünden dürfen, dann verhalten wir uns im Prinzip nicht anders als die Rassisten, die ihnen das Recht

absprechen, ihrem Glauben ungestört, gleichberechtigt mit anderen Religionen und auch öffentlich nachzugehen.

Bei einem Streik würden wir auch nicht argumentieren, dass sich nur die fortschrittlicheren Arbeiter beteiligen dürften, solche, die zum Beispiel für die Wiedereinführung der Todesstrafe sind oder die schwulenfeindliche oder auch fremdenfeindliche Ansichten vertreten aber nicht. Jede große soziale Bewegung wird Menschen mit rückschrittlichem und reaktionärem Bewusstsein mit erfassen. Erst ihre Beteiligung an der gemeinsamen emanzipativen Bewegung eröffnet die Chance, reaktionäre Ideen zu überwinden. [...]

Die Hoffnung, dass sich die Menschen durch Selbstreflexion oder durch gruppenpädagogische Experimente sukzessive von allen Vorurteilen befreien, ist idealistisch und illusionär. Die Mischung zwischen fortschrittlichen und reaktionären Ideen ist bei jedem Menschen verschieden. Nur in gemeinsamen Kämpfen gegen Kapitalisten, gegen Unterdrückung, gegen den bürgerlichen Staat eröffnet sich die Chance, reaktionäre Ideen aufzubrechen. Das betrifft reaktionäre rassistische Ideen ebenso wie rückwärtsgewandte religiöse Ideen.

Der zweite Ansatz, der allein darauf setzt, die materiellen Lebensbedingungen zu verbessern, um Rassismus zu bekämpfen, ist jedoch ebenso falsch. Natürlich wäre es schön, die ökonomischen und sozialen Verwerfungen aufzuheben, die den Rassisten erst die Möglichkeit geben, ihr Gift zu verspritzen. Aber Menschen werden nicht schon Rassisten, weil sie arbeitslos geworden oder prekär beschäftigt sind oder Angst vor einer Betriebschließung haben. Sie werden zu Rassisten, weil sie vereinzelt morgens eine Zeitung kaufen, die ihnen sagt, dass Deutschland ärmer und dümmere werde, weil es zu viele Muslime gebe. Sie greifen nach Deutungsmustern, die ihnen von der Gesellschaft, von Politikern, von Medien und den professionellen Ideenproduzenten der Herrschenden dargereicht werden, kurz: Sie geben die dominante und gesellschaftlich akzeptierte Meinung wieder.

Ihre Ängste haben keinen Ausgangspunkt in der Realität, und gerade deshalb ist es schwer, sie ihnen durch bloße Gegenargumente auszureden. Rassisten können natürlich auch Opfer des Kapitalismus sein, aber sie sind nicht deshalb schon Rassisten, weil sie Opfer sind, sondern weil sie in ihrem Bedürfnis nach einer Lösung ihrer Existenzsorgen auf keine anderen Antworten gestoßen sind als diejenigen der Herrschenden. Auf der Straße, im Betrieb, in der Nachbarschaft werden sie zu Tätern im Interesse der Herrschenden und gegen ihre eigenen Interessen.

In der Regel werden solche Menschen auch nicht durch bessere Argumente erreicht oder durch den Kontakt mit den Menschen, die sie hassen. Das Kontaktmodell als pädagogischer Weg hat seine Grenzen. Auf die Frage, ob er für einen Austausch von deutschen Studenten mit israelischen sei, um antisemitische Vorurteile abzubauen, antwortete Adorno in einem Vortrag, den er 1959 vor dem Koordinierungsrat für christlich-jüdische Zusammenarbeit hielt, dass er nicht dagegen sei, sich aber nicht viel davon verspreche. »Man geht«, so Adorno, »dabei allzu sehr von der Voraussetzung aus, der Antisemitismus habe etwas Wesentliches mit den Juden zu tun und könne durch konkrete Erfahrungen mit Juden bekämpft werden.«

Natürlich werden wir versuchen, Rassisten auch mit guten Argumenten zu begegnen. Aber es ist ein Unterschied, ob wir ihnen im Betrieb, in der Kneipe oder an einem politischen Stand einzeln begegnen oder ob sie organisiert andere Menschen unterdrücken, sich zu einer politischen Bewegung formieren, um vor Moscheen oder Wohnheimen von Asylbewerbern zu ziehen, um dort Menschen zu terrorisieren. Als im Jahr 1992 in Rostock-Lichtenhagen ein rassistischer Mob über mehrere Tage Flüchtlinge und ehemalige DDR-Vertragsarbeiter aus Vietnam belagerte, ihre Wohnungen anzündete und 130 Vietnamesen nur mit knapper Not dem Feuertod entkommen konnten, hätten antirassistische Argumente nicht geholfen. [...]

In Woody Allens Film »Manhattan« befindet sich der Hauptdarsteller Isaac Davis auf einem Empfang zur Förderung der Frauenrechte und merkt im Gespräch an, dass in New Jersey Nazis demonstrieren wollen. Sein Gegenüber macht auf ein »wirklich vernichtendes« satirisches Essay in der New York Times aufmerksam, worauf er antwortet: »Ein satirischer Artikel ist ja ganz nett, aber Pflastersteine und Baseballschläger bringen die Sache auf den Punkt. [...] Es ist schwer, einem Typen, der Glattledertiefel trägt, mit Satire zu begegnen.« Ergänzen wir die Baseballschläger durch eine kämpferische Massenbewegung gegen Rassismus, und wir sind der Lösung näher. Die Lichterkettenbewegung (1993/94) mit mehreren Millionen Teilnehmern gegen Rassismus und Asylfluthetze hat Rassismus und Faschismus 11

damals die öffentliche Meinung beeinflusst. Innerhalb von wenigen Monaten halbierte sich die Zahl der Menschen, die Verständnis für rassistische Gewalt hatten.

Antirassistische Bewegungen sind aber letztlich zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht imstande sind, die Verbindung zum Klassenkampf herzustellen. Ökonomische Klassenkämpfe sind kein Ersatz für Kämpfe gegen die Unterdrückung ethnischer, nationaler, religiöser oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminierter Minderheiten. Aber der Klassenkampf der Arbeiterbewegung um ihre Emanzipation von kapitalistischer Ausbeutung ist das einzige Bindeglied, das allen Unterdrückten eine Perspektive des Sieges geben kann.

Karl Marx hat dies in seiner berühmten Formulierung zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation mit den Worten ausgedrückt, »dass die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt« und »dass die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist«. Das gilt gerade auch für die politische Bewegung gegen alle Formen rassistischer Unterdrückung. Rassismus hat den Kapitalismus seit seiner Entstehung begleitet. Rassismus – die Entwertung von Menschen anderer Herkunft und Kulturen – hat die Erniedrigung, Vertreibung und Auslöschung der diskriminierten Gruppen latent immer in seinem Blick. Er kann letztlich nur zusammen mit dem Kapitalismus überwunden werden. Antirassismus kann umgekehrt zu einer großen Inspiration der bedrohten Minderheit werden, sich gegen den Kapitalismus, der ihnen seine hässliche Fratze entgegenstreckt, zu erheben.

Teil 3: Was ist Faschismus?

Aus „Nie wieder. Argumente im Kampf gegen Faschismus und Rassismus“

Volkhard Mosler, Werner Halbauer

Frankfurt/M.: SAG, 1992.

Was ist Faschismus?

Einige Linke behaupten, dass Leute wie Kohl wegen ihrer rechten Politik Faschisten oder faschistoid seien, oder bestimmte Einheiten der Polizei oder die Ausländerpolitik der Bundesregierung, oder der Staat. Wenn wir heute von einer faschistischen Gefahr reden, dann nicht deshalb, weil es Demonstrationsverbote gegen Anti-Faschisten usw. gibt. Das gehört zum „normalen“ Instrumentarium jeder bürgerlichen Demokratie. Es ist vollkommen irreführend, den Herrschaftscharakter der bürgerlichen Demokratie zu verschleiern, indem man dessen repressiven, polizeistaatlichen Kern als „faschistisch“ bezeichnet.

Wie Marx und Engels bereits schrieben, ist auch bürgerliche Republik nichts anderes als eine Maschine zur Bereicherung der Reichen und zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Aber dennoch gibt es für die Arbeiterbewegung einen wichtigen Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie und einer faschistischen Diktatur, auch wenn beides Formen kapitalistischer Herrschaft sind.

In den 30er Jahren, bevor Hitler an die Macht kam, behauptete die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), dass Deutschland bereits ein faschistischer Staat sei. Sie behauptete, dass Hitler nur ein weiterer rechter Maulheld sei. Aber wenn der deutsche Staat schon faschistisch war, warum sollte man dann besondere Anstrengungen machen, um die Machtergreifung Hitlers zu verhindern?

Sie mussten ihren Fehler in den Konzentrationslagern erkennen, als es zu spät war: Da waren die Gewerkschaften bereits total zerschlagen, ihre Büros verwüstet und viele aktive Gewerkschafter ermordet oder mit einem Fuß in den Konzentrationslagern der Faschisten und den Erschießungskellern der Gestapo.

Das zeigt, dass es verheerend sein kann, den Begriff „faschistisch“ für alle Formen gewaltsamer Unterdrückung durch den kapitalistischen Staat zu gebrauchen. Der Faschismus hat sich geschichtlich mit der Krise des Kapitalismus nach dem 1. Weltkrieg entwickelt. Er stützte sich in den 20er Jahren auf die durch die Krise ins Elend gestürzten Mittelschichten, die sich nach den großen Niederlagen der Arbeiterbewegung von 1919 bis 1923 dem Lager der offenen Konterrevolution anschlossen.

Die faschistische Bewegung benötigt zwei Bedingungen um die Machtfrage zu stellen.

Erstens

Das Kapital muss entscheiden, dass es sich im Moment die Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie nicht mehr leisten kann. Unter den Bedingungen großer politischer Erschütterungen und einer tiefen Wirtschaftskrise muss

die Bourgeoisie zur Überzeugung kommen, dass Anti-Streikgesetze, Lohnstopps und sonstige „legale“ Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeiterbewegung nicht mehr ausreichen, ihre Profite zu sichern. In einer solchen Situation sind die Kapitalisten bereit, den Faschisten freien Weg zu geben und sie finanziell zu unterstützen, ganz gleich wie geschmacklos sie die Methoden und Ideen der Faschisten einzeln auch finden mögen.

In einer Situation wie in Italien Anfang der 20er oder wie in Deutschland Anfang der 30er Jahre waren Armee und Polizei zu schwach und zu unzuverlässig, um die Profitinteressen der Kapitalisten mit einer Militärdiktatur zu sichern, insbesondere wenn wie nach den frischen Erfahrungen des 1. Weltkrieges und des gescheiterten Kapp-Putsches die Arbeiterbewegung einem neuen 2. Weltkrieg im Wege stand. Sie mussten befürchten, dass die Armee von der Arbeiterbewegung politisch zersetzt wird und die Arbeiterbewegung insgesamt die Macht des Kapitals in Frage stellt.

Die Voraussetzung für einen neuen imperialistischen Krieg war deshalb die totale Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen einschließlich der SPD und Gewerkschaften, gleichgültig wie weit deren Führungen bereit waren, nach rechts zu gehen.

[Trotzki schrieb 1933 in *Porträt des Nationalsozialismus*:]

Solange die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie und folglich von den Arbeitern abhängig war, enthielt das Regime aber immer noch Elemente des Kompromisses. Bald ließ die internationale und die innere Lage des deutschen Kapitalismus keinen Raum mehr für Zugeständnisse. Rettete die Sozialdemokratie die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution, so hatte der Faschismus seinerseits die Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie zu retten. Hitlers Umsturz ist nur das Schlussglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen.

Der eigentliche Aufstieg der Nazis zur Macht begann erst, als sich die Bourgeoisie 1932 nach Hitlers Auftritt vor dem Düsseldorfer Industrieclub entschlossen hatte, auf die terroristische Machtausübung der faschistischen Bewegung zu setzen, auch wenn dies bedeutete, einen Teil ihrer politischen Macht abzugeben, um überhaupt ihre Interessen gegenüber der Bevölkerung durchsetzen zu können.

Sie brauchten eine viel größere Armee von Menschen, die zahlreich und fanatisch genug war, die Gewerkschaften und deren Presse mit physischem Terror zu überziehen und aktive Gewerkschafter zu ermorden, um „ein für alle Mal“ die Gewerkschaftsorganisation zu zerschlagen.

Zweitens

Die wirtschaftliche Krise muss so tiefgehend sein, dass die Existenz von Millionen von Menschen zerstört wird. Die wirtschaftliche Katastrophe muss kleine Geschäftsleute und Kleinbauern, Ladenbesitzer und Werkstadtbesitzer in eine verzweifelte Panik und in den wirtschaftlichen Ruin treiben.

In einer solchen Situation gibt es radikale gesellschaftliche Veränderungen. Ganze Gruppen von Menschen, die normalerweise das Rückgrat der Rufe nach „Ruhe und Ordnung“ sind, die sich nie in ihrem Leben an einem Streik oder einer Demonstration beteiligt haben, gehen plötzlich auf die Straße oder unterstützen die, die das machen. 'Normale', 'gestandene' Bürger suchen verzweifelt nach Lösungen für die wirtschaftliche Krise, in der sie sich auf einmal befinden. Sie suchen verzweifelt nach einem Ausweg, so sagen sie: „so kann es nicht weitergehen“.

Eine starke Arbeiter- und sozialistische Bewegung könnte viele dieser Verzweifelten anziehen, wie in den frühen 20er Jahren, als sich auch viele Kleinbürger den Sozialdemokraten oder Kommunisten im Kampf gegen die Krise anschlossen. Aber wenn es sie nicht gibt bzw. durch falsche Führer in Niederlagen und in die Demoralisierung geführt wurde, dann erhält die faschistische Bewegung ihre Chance. Dann entsteht ein politisches Vakuum in der Gesellschaft, in dem bisherige politische Loyalitäten sich schnell auflösen.

Die faschistische Bewegung organisiert ihren Kern im Allgemeinen aus verzweifelten und verarmten Kleinkapitalisten

Rassismus und Faschismus 14

und ist damit ihrem Wesen nach die politische Bewegung des vom Untergang bedrohten Kleinbürgertums. Sie stehen sozial einerseits zwischen den großen Konzernen, die die kleinen Kapitalisten mit verschärften Konkurrenzkampf ruinieren, und andererseits der Arbeiterbewegung mit ihren Lohnforderungen. Auch die Mittelschichten im Staatsapparat, die Unteroffiziere des Kapitals wie Polizeioffiziere usw. sind sehr anfällig für faschistische Ideologie, wenn die Krise die staatliche Autorität zerrüttet und so ihre gesellschaftliche Position gefährdet wird. Die Mittelschichten lehnen sich normalerweise an die Bourgeoisie an, ihr Blickwinkel ist der soziale Aufstieg in die herrschende Klasse.

Diese Perspektive der Mittelschichten wird aber im Falle einer Wirtschaftskrise schnell zur Illusion, wenn der verschärfte Konkurrenzkampf ihre Profite oder Einkommen auffrisst und ihre Existenz zerstört wird.

Aber im Gegensatz zu den Arbeitern haben sie keine Organisationen wie Gewerkschaften, um für ihre Interessen selbstständig zu kämpfen. Im Falle einer tiefen Rezession mit einem schnellen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit haben sie noch nicht einmal mehr die Möglichkeit, sich in die große Schar der Lohnabhängigen einzureihen, weil es keine Arbeit gibt. Wenn sie keine Perspektive an der Seite der Arbeiterbewegung zur Lösung ihrer Probleme sehen, werden sie zu Gegnern der Arbeiterbewegung. Sie stellen dann die soziale Basis für die organisierte faschistische Bewegung. Beim Fehlen einer kämpferischen Arbeiterbewegung kann es dann der faschistischen Bewegung gelingen, in den arbeitslosen Teil der Arbeiterklasse einzudringen und diese mit sich mitzuziehen.

Die Arbeitslosen, die den faschistischen Organisationen folgen, sind für diese die Fußtruppen, aus denen sie die SA und SS rekrutiert haben. Die Arbeitslosen haben weder das Geld, noch die Verbindungen und oft nicht die Bildung, um den Kern einer faschistischen Organisation zu bilden. Sie folgen diesen Organisationen, weil ihnen von den Faschisten „Kameradschaft“ und endlich eine aufregende „Aufgabe“ in ihrem sonst eintönigen Leben geboten wird und ein scheinbarer Ausweg, nämlich der Kampf um die Arbeitsplätze von ausländischen Arbeitern. „2 Millionen Arbeitslose – 2 Millionen Ausländer – Die Lösung!“ Das war die Lösung von Le Pen im Wahlkampf 1984.

Die Geschichte hat gezeigt, dass es faschistischen Organisationen kaum möglich war, in die organisierte Arbeiterklasse einzubrechen und dort eine organisierte Basis zu gewinnen, denn es ist ja gerade das Ziel des Faschismus, die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Arbeiterstimmen für Faschisten sind, wie auch der Wahlerfolg der Republikaner in Berlin 1989 gezeigt hat, vor allem rassistischen Proteststimmen gegen den sozialen Verrat der Sozialdemokratie an den Interessen der Arbeiter, aber noch nicht unbedingt Stimmen für Faschismus, auch wenn sie das politische Gewicht der Faschisten stärken.

Genau diesen Zusammenhang mussten Schönhubers Republikaner 1988 zur Kenntnis nehmen, als die IGM und andere Gewerkschaften einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die Republikaner fasste wegen der von den Republikanern propagierte Einheit von Unternehmern und Arbeitern im Stile der nationalsozialistischen „Arbeitsfront“, also die Zerschlagung der unabhängigen Interessenvertretung der Arbeiter. [...]

Zwischen den beiden grundlegenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft, der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, liegen sehr zahlreiche Mittelklassen, aber in Zeiten der Krise werden diese Mittelschichten von der einen oder anderen Klasse angezogen, je nachdem welche ihr praktisch eine Perspektive für die Lösung ihrer Probleme bietet. Die Faschisten aber können ihre Bewegung im Prinzip nur dann zusammenschließen und zum akzeptierten Partner der Kapitalisten werden, wenn sie die Mittelschichten gegen die Arbeiterklasse mobilisieren können, und nur dann, wenn das Kapital zur Überzeugung kommt, dass ihre traditionellen Methoden des Machterhalts nicht mehr ausreichen.

Der Faschist hat für die von der Krise Gebeutelten und Hoffnungslosen eine scheinbar einfache Erklärung – schuld sind das jüdische Finanzkapital, Millionen von „farbigen“ Einwanderern usw. - und eine scheinbar einfache Lösung, die Krise zu bekämpfen und das Selbstbewusstsein der Verzweifelten zu heben, nämlich Pogrome gegen andere Opfer der kapitalistischen Krise und einen neuen Krieg zur „Erweiterung des deutschen Lebensraums“. Die

Propaganda des Faschismus besteht normalerweise aus einem diffusen und beliebigen Gemisch von Theorien. [Dazu schreibt Trotzki:]

Zu Beginn seiner politischen Laufbahn brachte Hitler in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit. Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaikartigen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. [...] Zwar wusste er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal. [...] Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politischen Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Losungen vorstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der »Führer«.

Der einzige durchgehende Faden des Faschismus ein fanatischer Nationalismus, der seine Rechtfertigung aus der Überlegenheit der eigenen Rasse zieht und mit rassistischen Pogromen zu belegen sucht.

Aber sein Wesen und sein Schlüssel zum Erfolg ist die Propaganda der Tat, die Aktion. „Wir Faschisten haben keine vorgefaßte Doktrin, unsere Doktrin ist die Tat.“ (Mussolini) Selbst wenn einige der faschistischen Ideen reichlich seltsam erscheinen, wenigstens tun die Faschisten was, lautet das Argument, wird mit der Faust auf den Tisch gehauen. Weil die Aktionen und nicht die Ideen das Entscheidende am Faschismus sind, haben Hitler und Mussolini so viel Betonung auf Straßenaufmärsche, Massenversammlungen und auf direkte Aktionen gegen Juden, Sozialisten und Gewerkschafter gelegt. Einfachen Leuten, die durch die Wirtschaftskrise entwurzelt wurden, wird damit das Gefühl von Kameradschaft als Ersatz für fehlende Klassenorganisation und eine neue Aufgabe gegeben. Hitler formulierte das in seinem Buch „Mein Kampf“ folgendermaßen: „Massendemonstrationen müssen in die Seele des kleinen Mannes die Überzeugung einbrennen, daß er als kleiner Wurm Teil eines großen Drachens ist.“

Obwohl die Kapitalisten den Faschismus nur unterstützen, weil er gegen die Arbeiterbewegung benutzt werden kann, werden viele Leute von ihm angezogen, weil sie die Propaganda gegen das „jüdische Finanzkapital“ mit dem Kampf gegen das Kapital verwechseln. In Deutschland zum Beispiel rief ein Flügel der Nazis 1933, der Strasser-Röhm-Flügel, nach einer „zweiten Revolution“ und wollte das Finanzkapital attackieren, als erst einmal alle Gewerkschaften ausgeschaltet waren. In der berühmten „Nacht der langen Messer“ am 20.6.1934 mußten die Braunhemden der SA und andere „sozialistische“ Elemente der Nazi-Bewegung 1934 auf die harte Art die wahre Natur des Faschismus lernen, als sie zu hunderten ermordet wurden.

Einmal an der Macht zahlt der Faschismus seine Schuld an das Kapital zurück. In Deutschland stiegen die Profite aller Industriekonzerne zwischen 1933 und 1938 von 6,6 Milliarden auf über 15 Milliarden Mark. Ein Lohnstopp wurde eingeführt und die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiter wurden ausradiert.

4. Leo Trotzki: Wie wird der

Nationalsozialismus geschlagen?

Brief an einen deutschen Arbeiter-Kommunisten, Mitglied der KPD (8. Dezember 1931).

Deutschland durchlebt gegenwärtig eine jener großen historischen Stunden, von denen das Schicksal des deutschen Volkes, das Schicksal Europas und in bedeutendem Maße das Schicksal der ganzen Menschheit auf Jahrzehnte hinaus abhängt. Setzt man eine Kugel auf die Spitze einer Pyramide, so kann ein geringer Anstoß sie nach links oder rechts hinabrollen lassen. Das ist die Lage, der sich Deutschland mit jeder Stunde nähert. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge nach rechts hinabrollen und der Arbeiterklasse den Rücken zerschmettern. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge sich auf der Spitze halten. Das ist eine Utopie. Die Kugel kann sich auf der Pyramidenspitze nicht halten. Die Kommunisten wollen, die Kugel möge nach links hinabrollen und dem Kapitalismus den Rücken zerschlagen. Aber wollen ist wenig, man muß können. Versuchen wir nochmals ruhig zu überlegen: ist die Politik, die gegenwärtig vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands getrieben wird, richtig oder falsch?

[...]

Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich

Zum Sieg braucht man eine richtige Politik. Das heißt, man braucht vor allem eine Politik, die auf die gegenwärtige Lage berechnet ist, auf die heutige Kräftegruppierung, und nicht auf die Lage, die in ein, zwei oder drei Jahren eintreten soll, wenn die Machtfrage längst schon entschieden sein wird.

Das ganze Unglück besteht darin, daß die Politik des Zentralkomitees der deutschen Kommunistischen Partei teils bewußt, teils unbewußt von der Anerkennung der Unvermeidbarkeit des faschistischen Sieges ausgeht. In der Tat geht in dem am 29. November veröffentlichten Aufruf zur »Roten Einheitsfront« das Zentralkomitee der KPD von dem Gedanken aus, daß man den Faschismus nicht besiegen kann, ohne zuvor die Sozialdemokratie besiegt zu haben. Den gleichen Gedanken wiederholt Thälmann in seinen Artikeln in allen Tonarten. Ist dieser Gedanke richtig? Im historischen Maßstab ist er unbedingt richtig. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß man mit seiner Hilfe, das heißt durch seine bloße Wiederholung, die Tagesfragen lösen kann. Ein vom Standpunkt der revolutionären Strategie im ganzen richtiger Gedanke schlägt in Lüge um, übersetzt man ihn nicht in die Sprache der Taktik, Ist es richtig, daß man zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Elend den Kapitalismus vernichten muß? Richtig. Aber nur der letzte Dummkopf kann daraus die Folgerung ziehen, daß wir nicht schon heute aus allen Kräften gegen jene Maßnahmen kämpfen müssen, mit deren Hilfe der Kapitalismus das Elend der Arbeiter vergrößert.

Läßt sich hoffen, daß die Kommunistische Partei in den nächsten Monaten sowohl die Sozialdemokratie

als auch den Faschismus niederwirft? Kein normal denkender Mensch, der lesen und rechnen kann, würde eine solche Behauptung riskieren. Politisch steht die Frage so: kann man jetzt, im Lauf der kommenden Monate, d.h. bei Existenz einer zwar geschwächten, aber immer noch (zum Unglück) sehr starken Sozialdemokratie, dem Faschismus siegreichen Widerstand leisten? Darauf antwortet das Zentralkomitee verneinend. Mit anderen Worten: Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich.

Nochmals: die russische Erfahrung

Um meinen Gedanken möglichst klar und konkret vorzuführen, komme ich nochmals auf die Erfahrung mit dem Aufstand von Kornilow zurück. Am 26. August (alten Stils) des Jahres 1917 führte General Kornilow ein Kosakenkorps und eine »wilde« Division gegen Petrograd. An der Macht stand Kerenski, Lakai der Bourgeoisie und zu drei Vierteln Kornilows Bundesgenosse. Lenin befand sich in Illegalität wegen der Anklage, im Dienste der Hohenzollern zu stehen. Der gleichen Anklage wegen saß ich während jener Tage in einer Einzelzelle des Kresty-Gefängnisses. Wie gingen die Bolschewiki in dieser Lage vor? Auch sie hatten ein Recht zu sagen: »Um die Kornilowiade zu besiegen, muß man die Kerenskiade besiegen.« Sie hatten dies mehr als einmal gesagt, denn das war richtig und notwendig für die gesamte weitere Propaganda. Aber das war vollkommen unzureichend, um am 26. August und in den darauffolgenden Tagen Kornilow Widerstand zu leisten und ihm zu wehren, das Petrograder Proletariat abzuschlachten. Daher begnügten sich die Bolschewiki nicht mit einem allgemeinen Aufruf an die Arbeiter und Soldaten, mit den Versöhnlern zu brechen und die Rote Einheitsfront der Bolschewiki zu unterstützen. Nein, die Bolschewiki schlugen den Menschewiki und Sozialrevolutionären eine einheitliche Kampffront vor und schufen mit ihnen gemeinsame Kampforganisationen. War das richtig oder falsch? Möge Thälmann mir das beantworten. Um noch klarer zu zeigen, wie die Sache mit der Einheitsfront stand, will ich folgende Episode anführen: ich begab mich sogleich nach meiner – gegen eine von den Gewerkschaften erlegte Kautionsleistung – Haftentlassung direkt aus der Einzelzelle ins Komitee für Volksverteidigung, wo ich mit dem Menschewiken Dan und dem Sozialrevolutionär Goz, Bundesgenossen Kerenskis, die mich im Kerker festgehalten hatten, über die Fragen des Kampfes gegen Kornilow diskutierte und Beschlüsse faßte. War das richtig oder falsch? Möge Remmele mir dies beantworten.

Ist Brüning das »kleinere Übel«?

Die Sozialdemokratie unterstützt Brüning, stimmt für ihn, übernimmt für ihn die Verantwortung vor den Massen – mit der Begründung, die Brüning-Regierung sei das »kleinere Übel«. Die gleiche Auffassung versucht **Die Rote Fahne** mir zuzuschreiben [1] – mit der Begründung, daß ich mich gegen die dumme und schändliche Teilnahme der Kommunisten am Hitler-Volksentscheid ausgesprochen habe. [2] Aber haben denn die deutsche Linksopposition und ich im besonderen verlangt, die Kommunisten sollten für Brüning stimmen und ihn unterstützen? Wir Marxisten betrachten Brüning und Hitler samt Braun als verschiedene Teilelemente ein und desselben Systems. Die Frage, wer von ihnen das »kleinere Übel« ist, hat keinen Sinn, denn das System, das wir bekämpfen, benötigt all diese Elemente. Aber diese Elemente befinden sich augenblicklich im Zustand des Konflikts, und die Partei des Proletariats muß diesen Konflikt im Interesse der Revolution ausnützen.

Eine Tonleiter umfaßt sieben Töne. Die Frage, welcher der Töne »besser« sei: Do, Re oder Mi ist eine unsinnige Frage. Der Musikant muß aber wissen, wann und auf welche Taste er zu schlagen hat. Ebenso unsinnig ist die abstrakte Frage, wer das kleinere Übel ist: Brüning oder Hitler. Man muß wissen, auf welche Rassismus und Faschismus 18

von diesen Taster zu schlagen ist. Ist das verständlich? Für Verständnisschwache sei noch ein Beispiel angeführt. Wenn einer der Feinde mir täglich mit kleinen Giftportionen zusetzt, der zweite aber aus der Ecke hervorschießen will, so schlage ich vor allem diesem zweiten Feinde den Revolver aus der Hand, denn das gibt mir die Möglichkeit, mit dem ersten Feinde fertig zu werden. Das heißt aber nicht, daß Gift im Vergleich zum Revolver ein »kleineres Übel« ist.

Das Unglück besteht gerade darin, daß sich die Führer der deutschen Kommunistischen Partei auf den gleichen Boden gestellt haben wie die Sozialdemokratie, bloß mit umgekehrtem Vorzeichen: die Sozialdemokraten stimmen für Brüning, indem sie ihn als kleineres Übel anerkennen. Die Kommunisten aber, die Brüning und Braun in jeder Weise das Vertrauen verweigern (und das ist vollkommen richtig gehandelt), gingen auf die Straße, um Hitlers Volksentscheid zu unterstützen, das heißt den Versuch der Faschisten, Brüning zu stürzen. Damit aber haben sie selbst Hitler als das kleinere Übel anerkannt, denn der Sieg des Volksentscheids hätte nicht das Proletariat an die Macht gebracht, sondern Hitler. Fürwahr, es ist eine Pein, solche Abc-Fragen auseinandersetzen zu müssen! Schlecht ist es bestellt, wenn Musikanten wie Remmele, statt die Noten zu unterscheiden, die Klaviatur mit dem Stiefel bearbeiten.

Es geht nicht um die Arbeiter, die die Sozialdemokratie verlassen haben, sondern um jene, die in ihr verharren

Die Tausende von Noskes, Wels und Hilferdings ziehen letzten Endes den Faschismus dem Kommunismus vor. Aber dazu müssen sie sich endgültig von den Arbeitern loslösen. Heute ist das noch nicht so. Heute gerät die Sozialdemokratie als Ganzes, bei all ihren inneren Widersprüchen, in scharfen Konflikt mit den Faschisten. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Konflikt auszunützen, und nicht darin, die Widersacher gegen uns zu vereinigen.

Die Front muß jetzt gegen den Faschismus gerichtet werden. Und diese für das ganze Proletariat gemeinsame Front des direkten Kampfes gegen den Faschismus muß man für den von der Flanke geführten, darum aber nicht minder wirksamen Kampf gegen die Sozialdemokratie ausnützen.

Man muß in der Tat die völlige Bereitschaft zeigen, mit den Sozialdemokraten einen Block gegen die Faschisten zu bilden, wo immer sie sich darauf einlassen. Sagt man den sozialdemokratischen Arbeitern: »Werft Eure Führer beiseite und schließt Euch unserer »parteilosen« Einheitsfront an«, so fügt man tausend anderen nur eine weitere hohle Phrase hinzu. Man muß verstehen, die Arbeiter in der Wirklichkeit von den Führern loszulösen. Die Wirklichkeit aber ist jetzt – der Kampf gegen den Faschismus.

Es gibt und wird zweifellos sozialdemokratische Arbeiter geben, die bereit sind, Hand in Hand mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Faschisten zu kämpfen, unabhängig vom Willen und sogar gegen den Willen der sozialdemokratischen Organisationen. Mit solchen fortschrittlichen Elementen muß man selbstverständlich möglichst enge Bindungen herstellen. Aber sie sind vorderhand nicht von großer Zahl. Der deutsche Arbeiter ist erzogen im Geist von Organisation und Disziplin. Das hat seine starken und schwachen Seiten. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter will gegen die Faschisten kämpfen, aber – vorwiegend noch – nicht anders als gemeinsam mit ihrer Organisation. Diese Etappe läßt sich nicht überspringen. Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, in der Praxis – in der neuen, außergewöhnlichen Situation – zu überprüfen, was ihre Organisationen und Führer wert sind, wenn es um Leben und Tod der Arbeiterklasse geht.

Man muß der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten aufzwingen

Das Unglück besteht darin, daß es im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei viele erschrockene Opportunisten gibt. Sie haben gehört, daß der Opportunismus sich in der Vorliebe für Bündnisse zeigt, darum sind sie gegen Blocks.

Sie begreifen nicht den Unterschied zwischen, sagen wir, parlamentarischen Abkommen und einer – selbst noch so bescheidenen – Kampfvereinbarung für einen Streik oder Schutz von Arbeiterdruckereien vor faschistischen Banden.

Wahlabkommen, parlamentarische Vereinbarungen, die zwischen der revolutionären Partei und der Sozialdemokratie abgeschlossen werden, dienen in der Regel zum Vorteil der Sozialdemokratie. Praktische Vereinbarungen über Massenaktionen, über Kampfziele sind immer zum Nutzen der revolutionären Partei. Das Anglo-Russische Komitee war eine unzulässige Art der Blockbildung zweier Spitzen, auf gemeinsamer politischer Plattform, unbestimmt, trügerisch, zu keinerlei Aktion verpflichtend. Die Aufrechterhaltung dieses Blocks in der Zeit des Generalstreiks, wo der Generalrat eine Streikbrecherrolle versah, bedeutete seitens der Stalinisten, eine Verräterpolitik zu führen.

Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen! Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinsky. Unter einer Bedingung: man darf sich nicht die eigenen Hände binden!

Ohne Verzug muß endlich ein praktisches System von Maßnahmen ausgearbeitet werden – nicht mit dem Ziel der bloßen »Entlarvung« der Sozialdemokratie (vor den Kommunisten), sondern mit dem Ziel des tatsächlichen Kampfes gegen den Faschismus. Die Frage des Betriebsschutzes, der freien Tätigkeit der Betriebsräte, der Unantastbarkeit der Arbeiterorganisationen und -einrichtungen, der Warenlager, die von den Faschisten geplündert werden können, Maßnahmen für den Fall der Gefahr, die Koordinierung der Kampfhandlungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Abteilungen usw. müssen in dieses Programm aufgenommen werden.

Im Kampf gegen den Faschismus kommt den Betriebsräten gewaltige Bedeutung zu. Hier ist ein besonders genaues Aktionsprogramm notwendig. Jeder Betrieb muß ein antifaschistisches Bollwerk werden, mit eigenen Kommandanten und eigenen Kampfmannschaften. Man muß eine Karte der faschistischen Kasernen und der übrigen faschistischen Herde in jeder Stadt, in jedem Bezirk haben. Die Faschisten versuchen, die revolutionären Zentren zu umzingeln. Die Umzingler müssen umzingelt werden. Auf diesem Boden ist ein Übereinkommen mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur zulässig, sondern Pflicht. Darauf aus »prinzipiellen« Erwägungen verzichten (in Wirklichkeit aus bürokratischer Dummheit oder noch ärger: aus Feigheit), heißt direkt und unmittelbar dem Faschismus zu helfen.

Ein praktisches Programm von Vereinbarungen mit den sozialdemokratischen Arbeitern haben wir schon im September 1930 (**Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland**), das heißt vor eineinviertel Jahren, vorgeschlagen. Was hat die Leitung in dieser Richtung unternommen? Fast nichts.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich mit allem befaßt, außer mit dem, was seine direkte Aufgabe war. Wieviel wertvolle, unwiederbringliche Zeit ist versäumt! Wahrhaftig, es ist nicht mehr viel Zeit geblieben. Das Aktionsprogramm muß streng praktisch, streng sachlich sein, ohne alle künstlichen »Ansprüche«, ohne jegliche Hintergedanken, so daß jeder durchschnittliche sozialdemokratische Arbeiter sich sagt: was die Kommunisten vorschlagen, ist ganz unerlässlich für den Kampf gegen den Faschismus. Auf dieser Basis muß man die sozialdemokratischen Arbeiter durch das Beispiel mit sich vorwärts ziehen und ihre Führer kritisieren, die dem unvermeidlich entgegenwirken und bremsen werden. Nur auf diesem Weg ist der Sieg möglich.